

Festschrift zum 40-jährigen Jubiläum



Impressum

Herausgeber:

Behindertenbeirat
der Landeshauptstadt München

Informationen und Kontakt:

Burgstraße 4, 80331 München
Telefon: (089) 233-21178
E-Mail: behindertenbeirat.soz@muenchen.de
www.behindertenbeirat-muenchen.de
Stand: Februar 2014

Redaktion:

Irmi Collasch

Grafik:

Jörg Vogel
Vogelfrei | Büro für visuelle Kommunikation

Druck:

Stadtkanzlei
gedruckt auf recyclingfähigem Papier

Vorwort der 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München

Liebe Münchnerinnen und Münchner,



Christine Strobl

Behinderung ist kein Thema, das nur Menschen mit Behinderungen betrifft. Besonderheiten eines Lebens mit Behinderungen sind vielmehr auch Teil der Lebenswirklichkeit von Familienangehörigen, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz - ja unserer ganzen Gesellschaft.

So unterschiedlich Menschen sind, so unterschiedlich sind auch ihre Bedürfnisse und Anforderungen im Alltag. Für die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt setzt sich der Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München nun schon seit 40 Jahren erfolgreich ein. Als ehrenamtliches Gremium kämpft er für die Offenlegung von Problemen und Aufgaben, für die Entwicklung von zukunftsorientierten, fortschrittlichen und sinnvollen Lösungswegen sowie für deren Umsetzung. Die anfangs schwierigste Aufgabe war es dabei sicher, die Situation von Menschen mit Behinderungen überhaupt erst einmal ins Bewusstsein nicht betroffener Menschen zu bringen. Denn anders als heute gab es gegenüber Menschen mit Behinderungen oft wenig Toleranz und Verständnis.

Mit viel Engagement hat der Behindertenbeirat die Interessen und Belange von Menschen mit

Behinderungen verfolgt, etwa bei der Planung neuer Viertel, bei der Gestaltung öffentlicher Gebäude oder beim barrierefreien Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Doch ganz entscheidend war, allen Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen und Berührungspunkte abzubauen. Dies ist dem Behindertenbeirat im Laufe seiner 40-jährigen Tätigkeit gut gelungen. Ihm ist es zu verdanken, dass heute Behinderung als etwas Selbstverständliches gesehen wird und erkannt wurde, dass wir alle voneinander lernen können. Die besondere Stärke in der Arbeit des Behindertenbeirates liegt dabei darin, dass praxisnah gearbeitet wird und die Beiratsmitglieder die alltäglich auftretenden Probleme bestens kennen. Und dass Menschen mit Behinderungen und ihre Kompetenzen in die betreffenden Entscheidungsgremien eingebunden werden. Denn eine solidarische Gesellschaft zeichnet nicht nur eine Politik für Menschen mit Behinderungen aus, sondern eine Politik mit den Betroffenen.

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention, der sich die Landeshauptstadt München verpflichtet hat, hat die Arbeit des Behindertenbeirates einen neuen Stellenwert erhalten. Inklusion stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, somit wird der Behindertenbeirat auch in Zukunft ein essentieller Berater, Gedanken- und Ideeninitiator auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft sein.

Ich danke allen Beteiligten ganz herzlich für das bisherige ehrenamtliche Engagement und wünsche dem Behindertenbeirat unserer Stadt weiterhin alles Gute und viel Erfolg.

Christine Strobl



Einführung von Renate Windisch, Vorsitzende des Behindertenbeirates

Liebe Leserinnen und Leser,



Renate Windisch

40 Jahre Behindertenbeirat München bedeuten 40 Jahre ehrenamtliche Arbeit, vier Jahrzehnte des tatkräftigen Einsatzes für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen einerseits und für Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Politik andererseits.

Durch das Engagement von Münchnerinnen und Münchnern mit und ohne Behinderungen, die sich aufmachten die Benachteiligungen im Alltag, in der Arbeits- und Wohnsituation, bei den Themen Gesundheit und Familie zu verändern, wurde am 17.10.1973 der „Arbeitskreis Probleme Behinderter“ gegründet. Dass das Aufbegehren und der Protest gegen die vielfältigen Ausgrenzungen erst in den 1970iger Jahren stattfanden, hat auch mit dem Erbe des Nationalsozialismus zu tun, einer Zeit in der die Menschen mit Behinderungen planmäßig ermordet oder schwersten körperlichen Verstümmelungen unterworfen wurden. Erst jetzt begann man, sich diesem Teil der Geschichte zu stellen, nicht zuletzt weil couragierte Bürgerinnen und Bürger dies einforderten. Eingebettet und unterstützt durch neue Konzepte der Bürgerbeteiligung, wie dem

Empowerment und der Partizipation, konnten endlich die Anliegen und politischen Forderungen der Menschen mit Behinderungen formuliert werden.

Die spätere Umbenennung des „AK Probleme Behinderter“ in „Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München“ spiegelt die innere Weiterentwicklung und die Anerkennung des Gremiums auf politischer Ebene wider. Die Arbeit und die Ziele wurden nun präziser und politischer. Es entstanden Facharbeitskreise, in denen Expertinnen und Experten beständig arbeiten, um Stadtrat und Stadtverwaltung fachlich zu beraten. Die Einrichtung einer Geschäftsstelle durch den Stadtrat mit den personellen Ressourcen, nicht zuletzt auch durch die Schaffung einer Geschäftsführungsposition, machte das veränderte Selbstbewusstsein und die gestiegene Bedeutung sichtbar. Über die Jahre vergrößerte sich der Behindertenbeirat und zählt heute knapp über 200 Mitglieder, sowohl Einzelpersonen als auch Einrichtungen und Organisationen.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2009 durch Bundestag und Bundesrat bekam unser Gremium einen weiteren bedeutenden Arbeitsschwerpunkt hinzu. Der Beschluss des Stadtrates im Jahr 2011, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK für München zu erstellen, war ein wichtiger Meilenstein – woran der Behindertenbeirat intensiv mitgewirkt hat. In der Folge wurde die Mitarbeit an der Erstellung dieses Aktionsplans für die Mitglieder der Facharbeitskreise zu einem bedeutenden Arbeitsthema.

»Ein Gradmesser der Liberalität einer Gesellschaft ist immer der Umgang mit Minderheiten«

Marian Offman, Stadtrat



Vorstand 2012 obere Reihe: Renate Windisch, Christa Schmidt
untere Reihe: Dr. Bettina vom Ende, Oswald Utz, Johannes Messerschmid

Der jahrzehntelange Kampf von der Exklusion zur Integration scheint nun in eine Phase gekommen zu sein, in der die Chance besteht, dass er von einer Kultur der Anerkennung von Vielfalt abgelöst wird. Wir verstanden unter Integration die aktive Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in gesellschaftliche Prozesse. Mit dem Konzept der Inklusion wird nun die willkommene Zugehörigkeit Aller als Entwicklungsziel gesetzt.

In diesem Sinne hoffen wir, dass der Stadtrat die Arbeit der städtischen Referate bei der Umsetzung des Münchner Aktionsplan weiter vorantreibt und unterstützt.

Was vor 40 Jahren noch nicht denkbar war, soll heute aber nicht nur utopische Idee, sondern zukunftsnahe Vision sein: Eine inklusive Stadtgesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger miteinander leben und gemeinsam an allen Lebensbereichen teilhaben und damit auch zum sozialen Frieden in München beitragen.

Im Namen des Vorstandes
des Behindertenbeirates

Renate Windisch

Was heißt noch mal Inklusion?

Ein Glückwunsch in ambivalenten Zeiten von Prof. Dr. Clemens Dannenbeck



Prof. Dr. Clemens Dannenbeck

Herzlichen Glückwunsch dem Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München zu seinem 40-jährigen Bestehen. Ein diesem Anlass entsprechender Beitrag – so will ich mir es vornehmen – soll zumindest zweierlei leisten: Zum einen meiner Wertschätzung und Anerkennung für die seither geleistete Arbeit Ausdruck verleihen und zum anderen für die Zukunft ermutigen – eine Zukunft, die gemäß der seit 2009 durch Bund und Länder ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) auch mit einer inklusionsorientierten Stadtgesellschaft verbunden sein soll.

Wird man in einigen Jahren auf das heutige Jubiläum zurückblicken, sollte rückblickend nicht weniger als eine gesellschaftspolitische Zeitenwende zu erkennen sein: 2013 - das Jahr, in dem die Landeshauptstadt München sich auf den Weg der Inklusion gemacht hatte. Dies erfolgte seinerzeit auf Grundlage eines Aktionsplans, der allen Menschen das Recht auf selbstbestimmte Partizi-

pation in sämtlichen Lebensbereichen garantierte und bestehende Teilhabebarrrieren konsequent abzubauen verlangte.

Doch das ist heute (noch) Zukunftsmusik – ebenso, wie es übrigens für Prof. Dr. Otto Speck bereits zum 25-jährigen Jubiläum im Jahr 1998 Zukunftsmusik war: „Während man lange Zeit wie selbstverständlich die Forderung nach einer generell gemeinsamen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder auf der Annahme einer entsprechend integrationsbereiten Gesellschaft begründete, hat sich inzwischen gezeigt, dass (sich) diese Gesellschaft alles andere als eine einheitliche und durchgehend sozial eingestellte Größe darstellt“ (Prof. Dr. Otto Speck in der Festschrift 25 Jahre Städtischer Beraterkreis Behinderte. 1998, 17).

Nun - die Zukunft beginnt (immer) jetzt und deshalb sei in diesem historischen Moment der vollendeten 40 Jahre, in dem der Behindertenbeirat nunmehr die Interessen aller Menschen

mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in städtischen Belangen vertritt und den unterschiedlichen und vielfältigen Bedarfen, die aus behindernden Lebenslagen resultieren, eine Stimme verleiht, zunächst noch einmal inne gehalten und gefragt: Wo kommen wir da hin, wenn alle von Inklusion sprechen?

Und schon beschleicht uns eine doppelt ambivalente Ahnung: Einerseits scheint das, auf was Inklusion zielt, so neu nicht zu sein: „Die konsequentesten Vertreter (der Integration, Anm. d. Verf.) meinten, Weg und Ziel nicht trennen zu können, und forderten für den schulischen Bereich den durchwegs gemeinsamen Unterricht in der Allgemeinen Schule“ (ebd. 1998, 16). Andererseits gebiert der bildungspolitische Double-Speech Inklusion auch heute das Monster des Sparmodells als Ausdruck von Inklusionsbemühen – eine Unsäglichkeit, die – noch einmal sei auf Dr. Otto Speck verwiesen – ebenfalls Tradition beweist: „Immer mehr Menschen, zumal auch behinderte, werden primär als Kostenfaktoren bewertet oder erleben sich gar als überflüssig“ (ebd. 1998, 18).

Vollends desillusionieren wird uns die politisch veröffentlichte Inklusions-Euphorie, wo sie uns weis machen möchte, dass wir, wenn nicht schon längst in der inklusiven Gesellschaft angekommen, doch zumindest auf dem besten Wege in eine solche seien. Führen wir uns vor Augen, welche gesellschaftspolitischen und biowissenschaftlichen Entwicklungen seit Dr. Otto Specks folgender Einschätzung in besagter Festschrift aus dem Jahr 1998 zu beobachten sind: „Nützlichkeitswerte treten in den Vordergrund. Mit dem verstärkten Bemühen um die Verhütung behinderten Lebens und mit der Diskussion um eine ethische Rechtfertigung der Tötung behinderter Kinder auch nach der Geburt werden generell Lebensrecht und Lebenswert von Menschen mit Behinderungen in Frage gestellt. Kosten-Nutzen-Berechnungen gewinnen an Boden.“ (ebd. 1998, 17)

Wer spricht

Um gleich ein heißes Eisen anzufassen (...inklusive Haltungen erfordern die Bereitschaft zur

Selbstreflexion und stellen auch die begriffliche Kategorie der Behinderung selbst in Frage): Was legitimiert eigentlich mich – einen ‚temporär Nichtbehinderten‘ – sich an diesem Ort zu gegebenem Anlass zu positionieren? Es ist, so will ich hoffen, nicht meine fachliche Expertise, auf die sich die freundliche Aufforderung zur Abfassung dieses Beitrags gründet. Läge doch in diesem Fall eine relativ eindeutige Verletzung des Grundsatzes „nichts über uns ohne uns“ vor, der spätestens seit dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 und der fast gleichzeitigen Geburtsstunde der deutschsprachigen Disability Studies orientierend sein sollte, wenn es darum geht, die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung von Behinderung als körperbezogener Differenzkategorie wissenschaftlich zu reflektieren. Heute kann die Perspektive des Sprechenden nicht mehr unreflektiert unter Berufung auf vorliegendes wissenschaftliches Expertentum Geltung beanspruchen. Was also wäre noch zu in Betracht zu ziehen? Möglicherweise meine nunmehr 30 Jahre umfassende Erfahrung, Menschen mit einem Rollstuhl in der Stadt begleitet zu haben – in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, von der Schule, über die Universität, bis hin zum Arbeitsmarkt und Berufsleben. Ich möchte damit nicht den Status eines Betroffenen oder Mit-Betroffenen beanspruchen (auch wenn Irving Goffman meine diesbezügliche Rolle in seinem berühmt gewordenen Werk über Stigma als die eines ‚Weisen‘ apostophiert). Hinweisen möchte ich aber doch auf meinen spezifischen – und es ist eben nur ein spezifischer, d.h. selektiver und einseitiger, wenngleich erfahrungsgesättigter (und nicht zuletzt bekennend subjektiver) – Blick auf das Integrationspotenzial und die Barrierehaltigkeit der Landeshauptstadt. Ein Blick der – immerhin – auch den Wandel wahrzunehmen in der Lage ist, umfasst er doch einen weiten Zeitraum des Wirkens des Behindertenbeirats.

Die nachfolgenden Gedanken sind also, wenngleich unausweichlich fachlich angereichert, ganz bewusst aus einer subjektiven Perspektive heraus formuliert und reflektieren weit mehr das eigene Erleben als dass sie die verobjektivierende wissenschaftliche Analyse repräsentieren.

Es sei betont, was für die Zukunft sowieso gelten wird: Gelingende Inklusion erweist sich nicht in statistisch belegbaren Integrationserfolgen, sondern allein in dem Maße, in dem gesellschaftliche (d.h. soziale, kulturelle etc.) Partizipation ermöglicht und subjektiv erlebbar wird.

Eine ewige Baustelle

Der Blick zurück zeigt zunächst einmal große Erfolge bei der Erschließung des öffentlichen Stadtraums für Menschen, die in besonderer Weise auf bauliche Barrierefreiheit angewiesen sind. Errungenschaften, die hoch zu schätzen sind – da zumeist mit erheblichen Kosten verbunden – und nicht nur Menschen, die einen Rollstuhl benutzen, zugute kommen. Gerade mit Blick auf die alternde Stadtgesellschaft, aber auch auf Eltern mit kleineren Kindern, eine in ökonomisch sinnvolle Investition, die Teilhabe unzweifelhaft verbessert. Auch wenn mehr Rollstuhlgängigkeit nicht mit allgemeiner ‚Behindertengerechtigkeit‘ oder gar Barrierefreiheit gleichzusetzen ist und auch die Beobachtung von sich ausbreitender Braillebeschriftung im öffentlichen Raum und immer häufiger anzutreffenden akustisch wahrnehmbaren Ampelsignalen allein noch nicht den Weg in eine inklusive Stadtgesellschaft vorzeichnet. Immerhin – Studieren etwa ist mittlerweile kein Hindernisrennen mehr gegen die Zeit zwischen zwei Vorlesungen oder eine Frage der praktischen Studierbarkeit (eine ‚Hochschule für alle‘ gar wird bildungspolitisch diskutiert). Das öffentliche Verkehrsnetz ist einigermaßen zugänglich (das städtische - kein unverdientes Lob der Deutschen Bahn!) usw. Erfolge, die es zu würdigen gilt und bei deren Durchsetzung man die (politische) Rolle derjenigen, die auf sie angewiesen sind, nur vermuten kann. Von selber kam hier nichts – es war und ist bis heute ein ständiger Kampf um die Bildung von Bewusstseinsprozessen, um Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, um politisches Durchsetzungsvermögen. Dieser Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse gestaltet sich, wenn es um die Interessen von Minderheiten geht, bekanntlich besonders schwierig – und im Falle von Menschen, die sich mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten konfrontiert sehen, kommt hinzu, dass die

Möglichkeiten der politischen Selbstorganisation, Mobilisierbarkeit und wirkmächtigen Solidarisierung oft genug beschränkt sind. Nicht selten hat man kaum mehr als ein moralisches Argument auf seiner Seite – empathisches Denken und Handeln allerdings ist (auch das möglicherweise ein Kennzeichen des Strukturwandels der Öffentlichkeit während der vergangenen 40 Jahre) heute deutlich leichter zu aktivieren, wenn es um Behinderungen geht, als etwa bei kulturell oder sozial bedingt benachteiligten Lebenslagen. Maßnahmen zur Barrierefreiheit sind inzwischen durchaus präsentable Aushängeschilder zukunftsweisender Stadtentwicklung und die Stadtoberen freuen sich, wenn ihnen signalisiert wird, dass es aus der Sicht eines Menschen im Rollstuhl bundesweit in der Tat weit komplizierter zu bewältigende Großstädte gibt.

Die strukturell erschwerte Möglichkeit zur Selbst(re)präsentation und Artikulation ist natürlich eine – vielleicht die – Rechtfertigung für die Existenz eines Behindertenbeirats, der (auch das eine Binsenweisheit) im Sinne einer inklusionsorientierten Gesellschaft an seiner eigenen Abschaffung Interesse haben müsste. Aber – die Zeiten sind nicht so! Ohne Institutionalisierung droht den Adressaten der ‚besonderen Bedürfnisse‘ die Adresse abhanden zu kommen. Aus den Augen, aus dem Sinn – das wäre (Aktionsplan hin oder her) der Effekt, wenn Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen im dekategorisierten Diversity Mainstreaming unterschiedslos und unadressiert aufgingen (was nicht gegen Diversity Mainstreaming spricht). Auch die mittlerweile hoffähig gewordene Vielfalt ist ja keineswegs eine egalitäre und insofern ungewichtete Vielfalt. In der Anerkennungs- und Wertschätzungseuphorie ist die unreflektierte Exklusion des Schwächeren, Unbenannten, Unerkannten stets bereits enthalten. Deshalb: Unverzichtbar, auch im Kampf um eine inklusive Stadtgesellschaft, ist eine Institution wie der Behindertenbeirat. Dekategorisierung bedeutet nicht, denjenigen ihr Recht auf Selbstzuschreibung vorzuhalten, die darin ihre einzige Chance sehen, in der wertgeschätzten Vielfalt eine individuelle Wertschätzung für sich zu reklamieren.

Und dass nicht nur Kunst viel Arbeit macht, sondern auch ein politisches Engagement, das nicht erst seit der Energiewende bisweilen auch gegen Windmühlen gerichtet ist, sollte einsichtig und Anlass genug sein, die Arbeit des Behindertenbeirats nicht nur ideell, sondern auch materiell aufzuwerten.

Jedes Lob des Erreichten gerät freilich früher oder später unweigerlich in den Strudel der Ambivalenz. Denn es gibt sie auch heute noch – die unangebrachten, aber doch deutlichen Signale des „Wir müssen (manchmal auch durchaus leider) draußen bleiben“. Vielleicht nicht das drängendste, aber doch ein sehr bedrängendes Beispiel lässt sich heute noch an mancher Kinokasse erleben: Für Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen behördlicherseits verboten. Zur eigenen Sicherheit und der ihrer Mitmenschen. Feuerpolizeiliche Bestimmung – mal mutig unterlaufen, mal (man kann sich des Eindrucks nicht erwehren) genüsslich – unter die Nase gerieben. Aber was man mal erklären muss: Wie kann ein Aufzug notwendige Voraussetzung sein, um im Brandfall Behinderte auf Nottreppen nicht zum Hindernis werden zu lassen? Sind nicht gerade Aufzüge im Brandfall nicht zu benutzen? Und wenn man das zu Ende denkt: Haben dann Behinderte unter Brandschutzgesichtspunkten überhaupt etwas im öffentlichen Raum zu suchen? Oder stellen sie nicht generell ein Sicherheitsrisiko dar? Zum eigenen Schutz besser vor dem heimischen Fernseher platziert? Wäre ja eine Lösung und gar nicht mehr so tragisch – im digitalen Zeitalter ist man ja sowieso mit der Welt verbunden, also gewissermaßen inkludiert...

Was behindert?

Es gibt immer noch Lebenslagen in München, da sucht man sich nicht den Film aus, den man sehen möchte, sondern das Kino, das einen sehen möchte, da studiert man nicht das Fach, das man studieren will, sondern die Fachrichtung, die die eigene Zumutung erträgt. Ähnliches gilt natürlich für Ausbildung, Beruf, Arbeitsstelle (aufmerksame Leserinnen und Leser werden bemerken, dass ich das Thema Schule an dieser Stelle weiträumig umschiffe, aus gutem Grund.

Bereiten wir darüber vorerst den gütigen Mantel des Schweigens...).

Schwierige Lebenslagen dieser Art sind mit dem Attribut behindert nicht hinreichend beschreibbar. Nimmt man das spezifische Verständnis von Behinderung, welches der UNBRK zugrunde gelegt ist, zur Kenntnis, stößt man auf die interessante – und herausfordernde – Tatsache, dass hier mit ‚Behinderten‘ kein fest umrissener Kreis von Menschen gemeint ist. Eine zielgruppenspezifische auf Defizitkriterien aufbauende Definition von Behinderung, wie sie etwa diejenige der Deutschen Sozialgesetzgebung darstellt, lässt sich in der UN-BRK nicht finden. (Eine Tatsache übrigens, die wohl darauf zurückzuführen ist, dass die UN-BRK partizipativ von Menschen formuliert wurde, die selbst Behinderungen unterschiedlichster Art ausgesetzt sind und waren.) Demgegenüber wird Behinderung als gesellschaftlich hergestelltes und reproduziertes Hindernis für volle selbstbestimmte Teilhabe aufgefasst. Worin nun Behinderungen in diesem Sinne bestehen, kann historisch über die Zeit, aber auch kulturell, politisch oder milieuspezifisch erheblich variieren. So gesehen ist Behinderung also keine diagnostizierbare Eigenschaft, kein ‚besonderes‘ Merkmal von ‚besonderen‘ Menschen, sondern eher ein kulturelles Strukturmoment von offensichtlich nicht inklusiven Gesellschaften.

Daraus ergibt sich eine doppelte Schlussfolgerung: Zum einen ist es gesellschaftspolitische (Dauer)Aufgabe, Behinderungen in diesem Sinne zu beseitigen, so dass Teilhabebarrrieren bekämpft werden, verschwinden und nicht neu entstehen. Zum anderen bedeutet es, dass Menschen, die von Behinderungen betroffen sind, ein Recht darauf haben, uneingeschränkte Wertschätzung zu erfahren – was sich zuvörderst in einer Anerkennung ihres Rechts auf Selbstbestimmung niederschlägt. Das Angewiesensein auf einen Rollstuhl oder ein Leben als Nichthörende(r) oder Nichtsehende(r) kann nicht als bemitleidenswert, defizitär oder gar als eingeschränkt lebenswert angesehen und behandelt werden. Es geht in diesem Sinne um die Anerkennung und Wertschätzung menschlicher

Vielfalt an sich – und gleichzeitig um das Erkennen der gesellschaftlich bedeutsam gemachten Differenzen, die uns ein Wir von den jeweils Anderen unterscheiden lassen.

Das Nachdenken über gesellschaftlich wirk-same Differenzen lässt uns erkennen, wann und wie wir selbst durch unsere Wahrnehmungen, unsere Einstellungen und unsere Handlungen die jeweils ‚Anderen‘ kategorial festschreiben: Wir identifizieren Zielgruppen, die mal diskriminiert werden, mal fürsorgliche Zuwendung erfahren – je nach moralischer Einstellung oder finanzieller Möglichkeiten. Dabei geht es freilich nicht nur um als ‚Behinderte‘ identifizierte (diagnostizierte) Menschen. Die gesellschaftlich jeweils ‚Anderen‘ sind bekannt: Menschen anderer kultureller Herkunft, anderen religiösen Glaubens, anderer sozialer Milieuzugehörigkeit, anderer sexueller Orientierung, anderer Lebensstile, vielleicht auch die anderen Geschlechts. Verfolgen wir diesen Gedanken weiter, stellen wir fest: All diese Differenzen sind gar nicht Merkmale voneinander unterscheidbarer Gruppen, sondern Aspekte von jedem/jeder von uns. Wir alle verfügen zugleich über kulturelle Herkunft, religiösen (Un)Glauben, bewegen uns in einem spezifischen sozialen Milieu, verfolgen sexuelle Orientierung(en), präferieren bestimmte Lebensstile und fühlen oder sehen uns einem Geschlecht zugehörig. Somit sind diese Differenzen nicht nur gesellschaftlich bedeutsam gemacht und werden laufend sozial reproduziert, sondern sie wirken auch noch in jedem/jeder von uns zusammen.

Folgerichtig macht die UN-BRK auch darauf aufmerksam. Es geht um das Recht auf volle selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen, „ungeachtet ihrer kulturellen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Geschlechtszugehörigkeit, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauung, sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt, des Alters oder des sonstigen Status“. Das ist die neue und in spezifischer Weise individuelles, politisches, fachliches Handeln ebenso wie das Denken herausfordernde Gestaltungsaufgabe der UNBRK: Wir sind (und zwar unhintergebar) aufgefordert, uns die Frage zu beantworten, wie das Gemeinwesen aussehen soll, das allen

gleichermaßen volle (und nicht nur bestmögliche!) Selbstbestimmung und Teilhabe garantiert. Das bedeutet auch, gegen die Errichtung von Hindernissen als politischer Bürger, als politische Bürgerin, einzutreten und sich verantwortlich zu fühlen, wenn Partizipation eingeschränkt ist oder wird. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein inklusionsorientiertes Gemeinwesen zwar durch das Bemühen um architektonische Barrierefreiheit aus, erschöpft sich aber keineswegs in ihm (und scheitert auch nicht an deren vorübergehender Unterfinanzierung). Vielmehr wendet sich ein inklusionsorientiertes Gemeinwesen gegen die Zunahme von sozialen Ungleichheiten, gegen die Existenz von offenen oder verdeckten Rassismen, gegen Intoleranzen und strukturelle Gewaltverhältnisse sowie Diskriminierungen und Benachteiligungen.

Damit steht – was unbequem erscheint – einiges auf dem Prüfstand. Der ehemalige Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung der Vereinten Nationen, Vernor Muñoz, antwortete auf die Frage, was etwa am Bildungssystem in Deutschland vor dem Hintergrund seiner Selektivität und mangelhaften Chancengerechtigkeit verändert werden müsste, mit einem nicht nur ironisch gemeinten lakonischen „Alles“. Damit sollte deutlich werden, dass mit Inklusion nicht eine etwas bessere Integration von (bestimmten) Behinderten gemeint ist, sondern etwas weit Grundsätzlicheres: Die Frage nach der Gestaltung des Gemeinwesens insgesamt, nach den dort vorherrschenden Lebensbedingungen für alle – unabhängig von deren vielfältigem Status.

An der Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit Menschen umgeht, die als behindert bezeichnet werden, kann erkannt werden, inwieweit sie ein gutes Leben ermöglicht – und wie weit sie gegebenenfalls auch davon entfernt ist, dies zu leisten. Auch wenn es – nach Adorno - möglicherweise „kein Richtiges im Falschen“ gibt, ist doch entscheidend, welche gestaltenden Maßnahmen in diesem Sinne ergriffen werden, wie ausgeprägt die Bereitschaft ist, sich für ein inklusionsorientiertes Gemeinwesen zu engagieren. Das ist gegebenenfalls mit hohem Aufwand, Mut und

manchem Risiko verbunden: Es bedeutet beispielsweise dort, wo das Zusammenleben mit ‚anderen‘ Menschen als unerwünscht oder als nicht zumutbar angesehen wird, entschieden gegen solche Haltungen einzutreten. Auch die Ansicht (oft als Ausdruck von Ängsten getarnt), die eigenen Kinder nicht gemeinsam mit anderen aufwachsen sehen zu wollen, als das zu entlarven, was sie ist: Eine unvertretbare Position, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte Teilhabe verletzt. Denn wir wissen, wohin die vorgebliche Furcht vor Fremdem führt: zu Rassismus und Verfolgung – und wohin die Furcht vor dem Anderen führt: zu Segregation und zur Anwendung von Vermeidungsstrategien gegenüber als nicht lebenswert betrachtetem Leben gemäß des jeweiligen Stands medizinisch-technischer Entwicklung. Auch deshalb hat die Inklusionsforderung mit Bildung zu tun: Eine Gesellschaft, der es nicht oder unzureichend gelingt, der Reproduktion rassistischer Einstellungen, der Ablehnung menschlicher Vielfalt und der Akzeptanz der sozialen Abkoppelung ganzer Bevölkerungsteile wirksam entgegenzutreten, steht im Widerspruch zur UN-BRK als geltendes Recht.

Kraft, Mut und Erfolg

Es ist die möglicherweise wichtigste, weil die Qualität der Umsetzung der UN-BRK maßgeblich bestimmende Aufgabe eines städtischen Behindertenbeirats, **zur Bewusstseinsbildung in Politik und Öffentlichkeit beizutragen**, zu sensibilisieren für Lebenslagen, die von Teilhabehindernissen geprägt sind und auf strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen hinzuweisen – also denjenigen eine Stimme zu verleihen und Aufmerksamkeit zu verschaffen, die dies nicht aus eigener Kraft vermögen. Die Liste der damit verbundenen Aufgaben und Problemstellungen ist lang – von den Konsequenzen, die sich aus einer alternden Stadtgesellschaft aufgrund des demografischen Wandels ergeben, bis hin zur Etablierung des Gebärdens als kulturell vollwertig anerkannte Sprache. Auf den Lorbeeren des Erreichten ist entgegen der Tendenz zur Selbstzufriedenheit auf Seiten der gestaltenden Politik nicht auszuruhen. Wie sieht der Beitrag aus, den der Behindertenbeirat hier in

der politischen Auseinandersetzung um inklusive Entwicklung leisten muss? Es geht etwa um die Herstellung eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen und Stufen unter Realisierung einer barrierefreien Infrastruktur und das nicht erst in ferner Zukunft. Hier und heute ist es geltendes Recht und daher Verpflichtung, dass jedem Anspruch auf Integration in der gewünschten Bildungseinrichtung Rechnung getragen wird. Der Wille zur Umsetzung der UN-BRK besteht darin, in jedem Fall die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, die selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen und Integration zu einem Erfolg werden lassen. Was für das Schulsystem gilt, trifft auch für Kinderkrippen und Kindertagesstätten zu. Dabei ist jede Einrichtung aufgerufen, sich hier und heute konzeptionell auf den Weg der Inklusion zu begeben und ihre Organisation, ihre Praxis und die in ihr vorherrschenden Haltungen entsprechend zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Auch Einrichtungen beruflicher Bildung sind davon nicht auszunehmen. Dabei gilt es viele Aspekte zu berücksichtigen, die praktische Probleme nach sich ziehen: Bildung ist weithin nicht Stadt-, sondern Ländersache, Bildung befindet sich nicht ausschließlich in öffentlicher Trägerschaft u.s.w.. Wohl aber steht der gleichberechtigte und uneingeschränkte Zugang zu Bildung in öffentlicher Verantwortung, womit die politische Aufgabe verbunden ist, die mit Inklusion im Bildungsbereich verbundenen Herausforderungen klar zu artikulieren und entsprechende Unterstützungen zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld besteht in der **Öffnung und Verbesserung des Zugangs zum ersten Arbeitsmarkt**, einschließlich des Zugangs zu beruflicher und akademischer Ausbildung für Menschen mit Behinderungen und chronischer Erkrankung. Aber auch hier ist die Aufgabe eine weiter gefasste, die zugleich an systemische Grenzen stoßen mag. Ein inklusiver Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist schwer vorstellbar – sehr wohl aber die Überprüfung der bisherigen Praxis in Bezug auf die Integrationsbereitschaft öffentlicher und privater Arbeitgeber. Auch hier wird es darum gehen, bestehende Strukturen (etwa Praxis, Organisation und Funk-

tion von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen) konsequent auf den Prüfstand zu stellen. Auch hier ist die Kooperationsfähigkeit der (Stadt) Politik in hohem Maße gefordert, damit Entscheidungen im Sinne der Umsetzung der UN-BRK nicht im Kompetenzgerangel zwischen politischen Ebenen und verantwortlichen Ressorts im Sande verlaufen. Inklusion stellt – das zeigt der Stand der Dinge – nicht zuletzt etablierte politische und verwaltungsmäßige Entscheidungsstrukturen in Frage.

Als dritte Baustelle der Arbeit des Behindertenbeirats sei an dieser Stelle **das Recht aller Menschen auf eine selbstbestimmte Lebensführung** genannt – eine vermeintliche Selbstverständlichkeit, die für Menschen mit Behinderungen oder (auch psychischen) chronischen Erkrankungen, aber auch für Menschen anderer kultureller Herkunft, die freiwillig oder unfreiwillig in der Stadt leben, oder älter werdende Menschen in einer insgesamt alternden Stadtgesellschaft oft genug alles andere als ohne weiteres gegeben ist. Jede(r) Nichtbetroffene könnte sich unschwer ausmalen, was es für ihn/sie persönlich bedeuten würde, wenn vorgeschrieben wäre, wo man wohnen müsste, mit wem man zusammen den Wohnraum teilen müsste, wie und wie weit man sich im öffentlichen Raum bewegen dürfte. Selbstbestimmung ist dabei nicht gleichzusetzen mit Selbständigkeit und infolgedessen ein gegebenenfalls durchaus nicht ohne weiteres – sprich ohne Aufwand - zu realisierendes Recht. Selbstbestimmung kann Assistenz erfordern, aber eine Form der Assistenz, die nicht im Namen einer bürokratisch definierten Fürsorglichkeit bevormundend oder fremdbestimmt erfolgen und erlebt werden muss.

Zur Selbstbestimmung in diesem Sinne gehört auch, dass über die Form der Unterstützung und ihrer Organisation diejenigen entscheiden können, die auf sie angewiesen sind. Auch hier ist die Politik an einem Punkt herausgefordert, der die Rede vom Paradigmenwechsel, welcher die Inklusionsforderung darstellt, in seiner grundsätzlichen Tragweite rechtfertigt (und gleichzeitig deutlich werden lässt, dass dieser Paradigmenwechsel

bislang nicht realisiert wurde): Dem Anspruch auf Selbstbestimmung wird gerade dadurch nicht Rechnung getragen, dass - entsprechend neoliberaler Logik - die Betroffenen ihrem Schicksal überlassen werden, immer mehr gefordert statt gefördert wird. Es geht vielmehr darum, auf Lebenssituationen, die Selbstbestimmung erschweren, politisch in der Weise zu reagieren, dass bedrohter gesellschaftlicher Teilhabe mit einer umfassenden Eingliederungsgesetzgebung und Eingliederungsstrategie begegnet wird, die Hilfe zur Selbsthilfe vom Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma konsequent entkoppelt.

Die genannten Aufgabenfelder, auf denen sich die Arbeit des Behindertenbeirats im Licht der rechtsgültigen UN-BRK bewegt und bewegen wird, sind (wie eingangs gesagt) hier selektiv gewählt und bestenfalls angerissen. Die Auswahl soll vor allem deutlich machen, dass die Herausforderungen vielfältig, anspruchsvoll und grundsätzlich sind. Es geht nicht mehr lediglich um ein Stück zugestander Interessenvertretung für eine klar definierte Zielgruppe am Rande einer im übrigen grundsätzlich integrationswilligen Gesellschaft – sondern es geht um die Gestaltung der (Stadt) Gesellschaft selbst.

Es geht darum, über die Herstellung von Kooperationen zwischen unterschiedlichen städtischen Entscheidungsträgern und Institutionen einen anhaltenden Dialog zu entfachen und aufrechtzuerhalten, der zum Ziel hat, dass nicht jeder biografische Übergang erreichte Integrationserfolge sogleich wieder in Frage stellt und neuerlich zum Exklusionsrisiko wird. Insofern ist mit dem Münchener Ansatz, Inklusion als kommunale Gestaltungsaufgabe aufzufassen, eine wertvolle Einsicht verbunden: Inklusion entsteht nicht quasi von selbst, allein durch die Optimierung bestehender Strukturen und ein unreflektiertes „Weiter so“.

Dafür wünsche ich allen gegenwärtig und zukünftig im Rahmen der Arbeit des Behindertenbeirats Engagierten die erforderliche Kraft und das notwendige Durchhaltevermögen, Mut zu Widerspruch und Widerstand sowie Erfolg im Sinne der Entwicklung einer inklusionsorientierten Stadtgesellschaft.

Historie

1973

Gründung des „Arbeitskreises Probleme Behinderter“ durch Stadtratsbeschluss. Die erste Vorsitzende ist Stadträtin Erna Mohsche (SPD).

1979

Den Vorsitz übernimmt Stadträtin Clarita Bernhard (CSU).

1981

Internationales Jahr der Behinderten.

1985

Neustrukturierung des „Städtischen Beraterkreises Behinderte“ und Gründung von fünf Facharbeitskreisen. Vorsitzende wird Stadträtin Inge Hügenell (SPD).

1991

Neue Vorsitzende wird Dr. Ingrid Leitner. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden werden Elisabeth Michel und Ina Stein gewählt.



Dr. Ingrid Leitner



Ina Stein



Elisabeth Michel

1992

Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Elisabeth Michel und Ina Stein übernehmen kommissarisch die Leitung

1994

Auf Wunsch des Städtischen Beraterkreises übernimmt Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert den Vorsitz, ihre Stellvertreterinnen sind Elisabeth Michel und Ina Stein. Im selben Jahr erhält der Städtische Beraterkreis Behinderte mit Karin von Spiessen eine eigene Geschäftsführung.

»Wenn ich an die 40 Jahre zurückdenke, war die Situation völlig anders. Barrierefreie Umwelt war ein Fremdwort« Ina Stein

Ebenfalls 1994 findet der 1. Münchner Behindertentag zum Thema „Wohnen - mehr als vier Wände“ statt. Von da ab wird jedes Jahr ein Behindertentag zu einem jeweils brennenden Thema veranstaltet.



Karin von Spiessen Paul Kurzmann

1995

Paul Kurzmann wird Stellvertreter für Ina Stein.

1996

Auszeichnung der Stiftung Warentest als behindertenfreundlichste Stadt Deutschland.

1997

Integrationspreis des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes.

2000

Nach dem Rücktritt von Paul Kurzmann wird Elisabeth Michel alleinige Stellvertreterin.

2002

Nachdem Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert den Vorsitz abgibt, wird ein Leitungsteam mit Elisabeth Michel, Richard Strodel, Ilse Polifka und Oswald Utz gewählt.

2003

Europäisches Jahr für Menschen mit Behinderung.

2004

Umbenennung in „Behindertenbeirat“ im Zuge der Einrichtung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragte(n).

2007

Der Behindertenbeirat unterzieht sich einer Organisationsreform. Neue Vorsitzende wird Carola Walla. Die Geschäftsführung übernimmt Boris Kuhn.



Carola Walla



Boris Kuhn

2009

Im Februar erste Vollversammlung des Behindertenbeirates nach seiner Umstrukturierung. An der Spitze des Behindertenbeirates steht nun ein Vorstand. Dafür gewählt wurden Dr. Bettina vom Ende, Dr. Joachim Hein und Heinz Karrer. Von Amts wegen sind der Behindertenbeauftragte Oswald Utz und der Geschäftsführer Boris Kuhn ebenfalls Mitglieder des Vorstandes. Vorsitzender ist Heinz Karrer.



Heinz Karrer

Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert überreicht 2003 die Ehrung „München leuchtet“ an Carola Walla, Ibo Harraz und Elisabeth Michel

2010

Christa Schmidt wird neue Geschäftsführerin.

2012

Turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes nach drei Jahren. Gewählt werden Dr. Bettina vom Ende, Johannes Messerschmid und Renate Windisch. Zum Vorstand gehören zusätzlich der Behindertenbeauftragte Oswald Utz und die Geschäftsführerin Christa Schmidt. Neue Vorsitzende wird Renate Windisch.

2013

Aufgrund des Rückzuges von Dr. Bettina vom Ende aus dem Vorstand rückt Axel Häberle nach.

»Das Verhältnis zu Menschen mit Behinderungen hat sich entspannt und es gibt heute weniger Berührungspunkte. Menschen mit Behinderungen sind heute eine Selbstverständlichkeit im öffentlichen Leben«

Dr. Gertraud Burkert, eh. Bürgermeisterin



Über den Behindertenbeirat

Ziel des Behindertenbeirats

Der Behindertenbeirat möchte, dass Menschen mit Behinderungen keine Sonderrolle mehr spielen, sondern als Münchnerinnen und Münchner gesehen werden, die auf die eine oder andere Weise bestimmten Unterstützungsbedarf haben. Nicht Aussonderung, sondern Inklusion ist das Ziel. Dabei soll jede und jeder über die eigene Lebensform selbst bestimmen können.

Aufgaben

Der Behindertenbeirat ist vom Stadtrat beauftragt, die Interessen von Menschen mit Behinderungen in München zu vertreten und den Stadtrat und die Stadtverwaltung zu beraten. Dem Gremium gehören Vertreterinnen und Vertreter des Stadtrates, der Wohlfahrtsverbände, der Stadtverwaltung, zahlreiche Betroffene und engagierte Bürgerinnen und Bürger an. Die Arbeit wird eng mit dem Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt München abgestimmt. Die Mitglieder arbeiten überwiegend ehrenamtlich.

Was macht der Behindertenbeirat konkret?

Um konkrete Verbesserungen durchzusetzen mischt sich der Beirat ein, führt viele Gespräche, schreibt Briefe und verfasst Stellungnahmen, etwa zum Armutsbericht. Er prüft relevante Stadtratsanträge, -anfragen und Stadtratsvorlagen und nimmt Stellung dazu. Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss hat der Behindertenbeirat einen Sitz, im Sozialausschuss ist er als Fachverständiger vertreten.

Er verhandelt z. B. mit der Münchner Verkehrsgesellschaft über die Ausgestaltung neuer Busse und Trambahnen, spricht mit dem Tourismusamt über barrierefreie Toiletten auf dem Oktoberfest oder setzt sich beim Bezirk Oberbayern für vernünftige Regelungen im Fahrdienst ein. Gespräche und Austausch mit Politikerinnen und Politikern oder Zusammenarbeit mit Gremien wie den Bezirksausschüssen finden statt. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind

vor allem die Landeshauptstadt München, die städtischen Gesellschaften, der Bezirk Oberbayern und der Freistaat Bayern.

Wie ist der Behindertenbeirat organisiert?

2007 unterzog sich der Behindertenbeirat einer Organisationsreform mit dem Ziel, dass er besser wahrgenommen wird, seine Interessen wirksamer vertreten und sachkundig in die Öffentlichkeit tragen kann. Aufgrund der Neuorganisation fand im Februar 2009 die erste öffentliche Vollversammlung statt, die seitdem jährlich abgehalten wird.

Über die neuen Satzungen des Behindertenbeirates und des Behindertenbeauftragten sind die Aufgaben beider Institutionen stark miteinander verknüpft. Der Behindertenbeauftragte ist geborenes Mitglied des Vorstandes des Behindertenbeirates und Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger.

Neu war auch, die Thematik von Menschen mit psychischen Behinderungen im Behindertenbeirat explizit aufzunehmen.

Derzeit sieht das Gremium folgendermaßen aus:

Der Vorstand

Renate Windisch,

Vorsitzende

Axel Häberle

Johannes Messerschmid

Oswald Utz,

Behindertenbeauftragter

Christa Schmidt,

Geschäftsführerin

Die acht Facharbeitskreise des Behindertenbeirates

Der Vorstand trifft sich wöchentlich - die Facharbeitskreise alle vier bis acht Wochen - zu Arbeitssitzungen. Ein Großteil der Arbeit wird in den Facharbeitskreisen geleistet. Hier tauschen sich Betroffene und Fachkräfte aus, hier werden Stellungnahmen erarbeitet und Konzepte entwickelt.

Die FAKs tagen regelmäßig in unterschiedlichen Abständen. Sie arbeiten selbständig zu ihren Themengebieten, diskutieren Entwicklungen, leiten ihre Vorstellungen an die zuständigen Stellen weiter. Rund 200 Mitglieder arbeiten derzeit engagiert mit und bringen ihre Kompetenzen ein.

Facharbeitskreis Ambulante

Unterstützungsangebote seit 1985

Erörtert Themen, welche für Menschen mit Behinderungen wichtig sind, die außerhalb von Einrichtungen d.h. ambulant wohnen und leben. Durch fachlichen Austausch und gegenseitige Beratung bilden die Beteiligten ein Netzwerk, in dem viel Kompetenz zum Thema versammelt ist. In Zusammenarbeit mit den übrigen Organen des Behindertenbeirates bemüht sich der FAK sein Wissen in Politik und Verwaltung einzuspeisen.

Ilse Polifka, *Vorsitz*

Harry Zipf, *Stellvertretung*



Ilse Polifka

Facharbeitskreis Arbeit seit 1985

Setzt sich für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt in München ein und erarbeitet Mittel und Wege, um dies umfassend zu erreichen. Dazu ist insbesondere die Vernetzung von Betroffenen, Anbietern/ Dienstleistern und Behörden/Kostenträgern notwendig. Im FAK Arbeit wird dieser „Dialog“ konstruktiv geführt, dadurch wird ein größeres Maß an Transparenz und Information erreicht. Zur Zeit sind es 30 Mitglieder, die alle mitdenken, mitdiskutieren und aktiv mitarbeiten.

Renate Windisch, *Vorsitz*

Axel Häberle, *Stellvertretung*



Renate Windisch und Axel Häberle

Facharbeitskreis Freizeit und Bildung

seit 1985

Wirkt darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen barrierefrei und gleichberechtigt an allen Veranstaltungen teilnehmen können.

Franz Göppel, *Vorsitz*

Georg Staudacher, *Stellvertretung*



Franz Göppel

Facharbeitskreis Frauen seit 2009

Setzt sich inklusiv für die Belange von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in der Stadt München ein.

Lieve Leirs, *Vorsitz*
Karin Steinberg, *Stellvertretung*



Karin Steinberg und Lieve Leirs

Facharbeitskreis Mobilität seit 1985
Kämpft für die barrierefreie Gestaltung von Verkehrsmitteln, Straßen und sonstigen Verkehrsanlagen und des öffentlichen Raums.
Carola Walla, *Vorsitz*
Brigitte Neumann-Latour, *Stellvertretung*



Carola Walla

Facharbeitskreis Schule seit 2011
Ist der jüngste FAK und beruft sich in seiner Arbeit auf die Umsetzung des Artikels 24 „Bildung“ der UN Behindertenrechtskonvention. Mit der Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) vom Juli 2011 ist es Aufgabe aller Schulen, die Inklusion umzusetzen. Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen wird damit der gleichberechtigte Zugang zu allgemeinen Schulen eröffnet.
Nadja Rackwitz-Ziegler, *Vorsitz*
Wolfgang Hamberger, *Stellvertretung*



Nadja Rackwitz-Ziegler

Facharbeitskreis Tourismus seit 2003
Fördert die Barrierefreiheit von Volksfesten und touristischen Attraktionen und bietet Stadtführungen für Menschen mit Behinderungen an.
Werner Graßl, *Vorsitz*
Monika Burger, *Stellvertretung*



Monika Burger und Werner Graßl

Facharbeitskreis Wohnen seit 1986
Setzt sich für ein breites Angebot an Wohnformen für Menschen mit Behinderungen, für alte Menschen und für Familien ein.
Christine Degenhart, *Vorsitz*
Monika Burger, *Ingrid Malburg*



Christine Degenhart Ingrid Malburg

Die Geschäftsstelle

Foto: Founders Reserve Media UG



Mathias Penger, Gabriele Steinfelder, Angela Setzke de Soto, Christa Schmidt, Geschäftsführerin

Beispiele für Schwerpunkte und Aktivitäten des Behindertenbeirates

In den vergangenen 40 Jahren haben die Mitglieder des Behindertenbeirates die Interessen von Menschen mit Behinderungen in die Öffentlichkeit getragen und sehr viel aufgegriffen, initiiert und organisiert. Es lässt sich bei weitem nicht alles aufzählen, was in dieser langen Zeit geschehen ist. Eine kleine Auswahl der unterschiedlichen Aktivitäten soll einen Eindruck vom vielfältigen Wirken geben und zeigen, in wie viele Bereiche des Münchner Alltags der Behindertenbeirat hineinwirkt.

Beteiligungen

- Vertretung in zahlreichen Gremien, z.B. im Kinder- und Jugendhilfe- und im Sozialausschuss des Münchner Stadtrates, im städtischen Beraterkreis „Barrierefreies Planen und Bauen“ oder im Arbeitskreis „Mobilität“ des Bezirk Oberbayern



Kerstin Günter in der Sitzung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses

- Stellungnahmen, etwa zur Leitlinie Bildung, zu den Stadtratsanträgen „Mit Handicap auf alle Spielplätze“ oder „Inklusion im Sport leben“
- Mitarbeit an Projekten, z.B. „Sport verbindet Menschen mit und ohne Behinderungen“
- Diskussionsbeteiligung zur Novellierung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes
- Mitwirkung bei den jährlichen Veranstaltungen zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen.



Rollstuhlparcour auf dem Marienplatz

- Beteiligung an der Veranstaltung „Seelische Gesundheit am Arbeitsplatz“
- Teilnahme am Fachtag „Inklusiv denken - integrativ handeln“
- Stand bei der Münchner FreiwilligenMesse

Eigene Veranstaltungen, Aktionen

- Hearing „Menschen mit Behinderungen in München – neue Herausforderungen an die Politik“ 2007
- Fachtag „Arbeit für alle“ - unterschiedliche Lösungen und Angebote für unterschiedliche Behinderungsarten 2008
- Fachtag „Inklusives Aufwach(s)en“ 2010 mit drei Schwerpunkten: Kindertagesbetreuung, Schule und offene Kinder- und Jugendarbeit. Gemeinsam mit Mitwirkenden aus Vereinen, Stadtverwaltung, öffentlicher und freier Träger sowie mit Eltern und Betroffenen wurden in sechs Workshops neue Lösungsansätze diskutiert (Ergebnisse wurden in einer Dokumentation festgehalten)
- Öffentliche Aktion „Kleinsteinpflaster in der Fußgängerzone“ 2007



Kleinsteinpflasteraktion in der Fußgängerzone

- Pressekonferenz zum Thema „Kurzzeitpflege“ und zu „Kurzzeitpflegeplätze für Kinder und Jugendliche“ (mit Elternbefragung, Forderung nach einer Einrichtung)
- Veranstaltung anlässlich der 850-Jahr-Feier „Ein Tag im Franzosenviertel“



Selbsterfahrung

- 2011 Unterstützung der Organisation der Special Olympics National Summer Games - bei den Spielen im Jahr 2012 war der Behindertenbeirat mit einem eigenen Stand vertreten
- Selbsterfahrungsaktion anlässlich 25 Jahre FAK Mobilität 2011. Stadträte und MVG-Vertreter waren rund um den Marienplatz eingeladen, am eigenen Leib zu erfahren, wie es ist, mit dem Rollstuhl Straßenübergänge oder U-Bahn-Einstiege bewältigen zu müssen.

Einsatz für Barrierefreiheit

Seit vielen Jahren gibt es Bemühungen, von Anfang an in die Planungen für Verkehr und Bau im öffentlichen Raum einbezogen zu werden (teils geschieht dies zu spät, so dass Nachbesserungen gemacht werden müssen oder gar nicht mehr möglich sind); konkret ging es z. B. um die Bereiche:

- Barrierefreiheit bei den U-Bahn-Höfen und beim Busbahnhof

- Überprüfung der barrierefreien Nutzung neuer Fahrzeuge, wie der neuen Tram
- Überprüfung der Barrierefreiheit bei Fahrkartenautomaten
- Verbesserungsvorschläge für das Leitsystem für blinde Menschen
- Bordsteinabsenkung - ist trotz einzelner Erfolge immer wieder Thema
- Proteste gegen die Ausstattung der Fußgängerzone mit Kleinsteinpflaster (brachte die Zusage des Baureferates, künftig eingebunden zu werden)
- Erarbeitung von Standards für Bodenindikatoren im öffentlichen Raum (inzwischen gibt es eine Arbeitsgruppe im Baureferat)
- Barrierefreie Zugänge zu Kirchen



Kardinal Reinhard Marx erprobt mit Werner Graßl den barrierefreien Zugang zur Frauenkirche

- Barrierefreie Erreichbarkeit von Bezirksausschusssitzungen und Wahllokalen
- Barrierefreie Toiletten und Forderung nach mehr Rollstuhl-Toiletten
- Barrierefreiheit beim Oktoberfest
- Barrierefreie Zugänge bei Hotels, Restaurants und großen Einrichtungen wie der Messe
- Barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen Veranstaltungen, auch von Großveranstaltungen wie Auer Dult, Ökumenischer Kirchentag oder 850. Stadtgeburtstag.
- Barrierefreie Gestaltung der Freizeitstätten für Kinder und Jugendliche
- Barrierefreie Gestaltung von Museen oder der Bavaria-Filmstudios

- Barrierefreier Zugang für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer in der Olympiahalle
- Anregung für barrierefreie Passbildautomaten (ist das KVR gefolgt)
- Initiative, die Zuwege zum Hofbräuhaus barrierefrei zu gestalten
- Forderung nach mehr Barrierefreiheit im Wohnungsbau (Änderungen der Bayerischen Bauordnung hinsichtlich barrierefreier Erreichbarkeit und Nutzbarkeit eines festgelegten Anteils an Wohnungen in jedem Neubau)

Weitere aktuelle Schwerpunkte

- Erhalt der in München geltenden Standards bei der Verlagerung der Zuständigkeit für die ambulanten Eingliederungshilfe von den Kommunen zum Bezirk Oberbayern
- Forderung nach einer Querschnittsstelle, Fachstelle Inklusion, im Jugendamt, die gewährleistet, dass bei der Arbeit alle Kinder und Jugendlichen im Sinne der Inklusion beachtet werden
- Einrichtung einer Erziehungsberatungsstelle für Familien, die von Hörschädigung bzw. Gehörlosigkeit betroffen sind
- Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder und Jugendliche
- Bekanntmachung des „Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ und Einforderung ihrer Umsetzung
- Thematisierung der Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen und Erfahrung von (sexualisierter) Gewalt
- Aufgreifen des Themas Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Schule/Ausbildung und Beruf
- Umsetzung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG), das im August 2011 in Kraft trat und nach dem die Inklusion behinderter Kinder nun die Aufgabe aller Schulen in Bayern ist
- Umsetzung von „einfacher“ und „leichter“ Sprache

Schulungen, Fortbildungen

- Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

tern der Deutschen Bahn AG oder des Bodenpersonals des Flughafen München

- Fortbildungen wie „Die Mauer muss weg! - Barrieren für Menschen mit seelischen Behinderungen erkennen und abbauen“

Herausgabe von Broschüren, Flyer

- Broschüre „Barrierefrei durch München“, auch als Internet-Version und in verschiedenen Sprachen – wurde mit dem „Bronzenen Rollstuhl“ ausgezeichnet



- Flyer „Inklusive Schule. Eine Schule der Vielfalt und Wertschätzung“
- Schulungsbroschüre für Eisenbahnunternehmen
- Entwicklung eines Leitfadens zum Umgang mit behinderten Fahrgästen

Herausragende Aktionen

- **Plakat-Ausstellung „alle inklusive!“**
Die UN-Behindertenrechtskonvention, die am 26.03.2009 in Kraft trat, wurde durch eine Postkartenaktion beim Europaweiten Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen bekanntgemacht. Außerdem führte der Behindertenbeirat einen **Plakat-Wettbewerb** durch, bei dem einzelne



Bauer (Stadtrat), Johannes Welte (Journalist), Sabine Henning (Künstlerin) und Oswald Utz (Behindertenbeauftragter). Die Preisverleihung fand am 13.11.2009 durch Bürgermeisterin Christine Strobl im Rathaus statt. Die eingereichten Plakate wurden Bestandteil einer Wanderausstellung, die bis heute an verschiedenen Orten in und außerhalb Münchens sehr gefragt ist, z.B. während des Ökumenischen Kirchtages 2010.

■ **Behinderung heißt Armut und Diskriminierung**

Zu dieser Thematik fand neben Fachgesprächen 2011 eine **Pressekonferenz** mit Ulrike Mascher (Präsidentin des VdK), Brigitte Meier (Sozialreferentin), Oswald Utz (Behindertenbeauftragter), Heinz Karrer (Vorsitzender des Behindertenbeirates) und mit Betroffenen statt, die sehr großes Medieninteresse fand.



Auszug aus der Pressemitteilung:

„Die Ursachen für die Armut bei Menschen mit Behinderungen werden schon sehr früh gelegt. Sie wachsen nach wie vor in großer Zahl in Exklusion auf, gehen in Förderkindergärten, Förderschulen und machen ihre Ausbildung in einem Berufsbildungswerk für Menschen mit Behinderungen. All dies geschieht in der Annahme, dass sie in den Sondereinrichtungen fit für das Leben „draußen“ gemacht werden.



von oben nach unten: Die Künstler bei der Preisverleihung mit Stadtrat Siegfried Benker, Interessierte Gäste, Dr. Bettina vom Ende besucht die Ausstellung

Artikel des Übereinkommens zur Behindertenrechtskonvention darzustellen waren. 124 Arbeiten gingen ein, es beteiligten sich weit über 100 Personen, darunter Schulklassen, Tagesstätten, Privatpersonen und Künstlerinnen und Künstler. Die Jury bestand aus Christoph Süß (Moderator), Dr. Reinhard

Aber genau das Gegenteil passiert. Umgekehrt haben so auch Menschen ohne Behinderungen wenig Möglichkeit, sich auf ein Leben mit Menschen mit Behinderungen im Berufs- und Alltagsleben vorzubereiten. Laut Oswald Utz sei dies ein wesentlicher Grund, weshalb die Integration auf dem Arbeitsmarkt so schwer fällt. Oft müssen dann Menschen mit Behinderungen in speziellen Werkstätten arbeiten, in denen sie meist nur ein Taschengeld verdienen. Dies führt dazu, dass sie ihr gesamtes Leben auf Sozialleistungen angewiesen sind. Auch Menschen mit Behinderungen, denen es

gelingt, den Lebensunterhalt aus Einkommen zu bestreiten, leben in großer Zahl in Armut, wenn sie aufgrund der Schwere ihrer Behinderung Eingliederungsleistungen und/oder Hilfe zur Pflege brauchen. Die Kosten dafür übersteigen „normale“ Einkommen bei weitem. Das verdiente Geld muss eingesetzt werden und es bleibt ein Leben auf Sozialhilfeniveau.

Dies betrifft auch Partnerinnen und Partner von Menschen mit Behinderungen, da sie sich finanziell an den Hilfen beteiligen müssen. Oswald Utz: „Ich fordere ein Bundesteilhabegeld für Menschen mit Behinderungen. Erst wenn die behinderungsbedingten Nachteile ausgeglichen sind, kann man von einer echten Chancengleichheit sprechen.“

Foto: Michael Nagy, Presse- und Informationsamt München



Pressekonferenz mit Gertraud von Gaessler, Brigitte Meier, Heinz Karrer, Ulrike Mascher, Oswald Utz

Die Problematik wurde und wird vom Behindertenbeirat intensiv weiterverfolgt, z.B. gab es 2012 ein Gespräch dazu mit Entscheidungsträgern aus der Bundespolitik. Zudem wurde die Broschüre „Behinderung heißt Armut und Diskriminierung“ von einer neu gegründeten Arbeitsgruppe „Armut“, die sich speziell mit dem Sozialgesetzbuch vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention befasst, herausgegeben.

■ **Behindert. Besonders. Anders. Zwischen Ausgrenzung und Inklusion**

Diese Veranstaltungsreihe fand von Juli bis Dezember 2013 unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude statt.

80 Jahre nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) wollten der Behindertenbeirat und der Behindertenbeauftragte mit einer Veranstaltungsreihe den Opfern zu einem würdigen Gedenken verhelfen und gleichzeitig zum Nachdenken über den Umgang mit Behinderung und Vielfalt in unserer Gesellschaft anregen.

Auftakt war am 14. Juli 2013 - auf den Tag genau 80 Jahre nach Verabschiedung des GzVeN. Zu einem besonderen Höhepunkt wurde die feierliche Gedenkfeier und die öffentliche Übergabe des „Denkmal der Grauen Busse“ am Isartorplatz.



Aufstellung der Grauen Busse am Isartorplatz



Das Denkmal am Marienhof

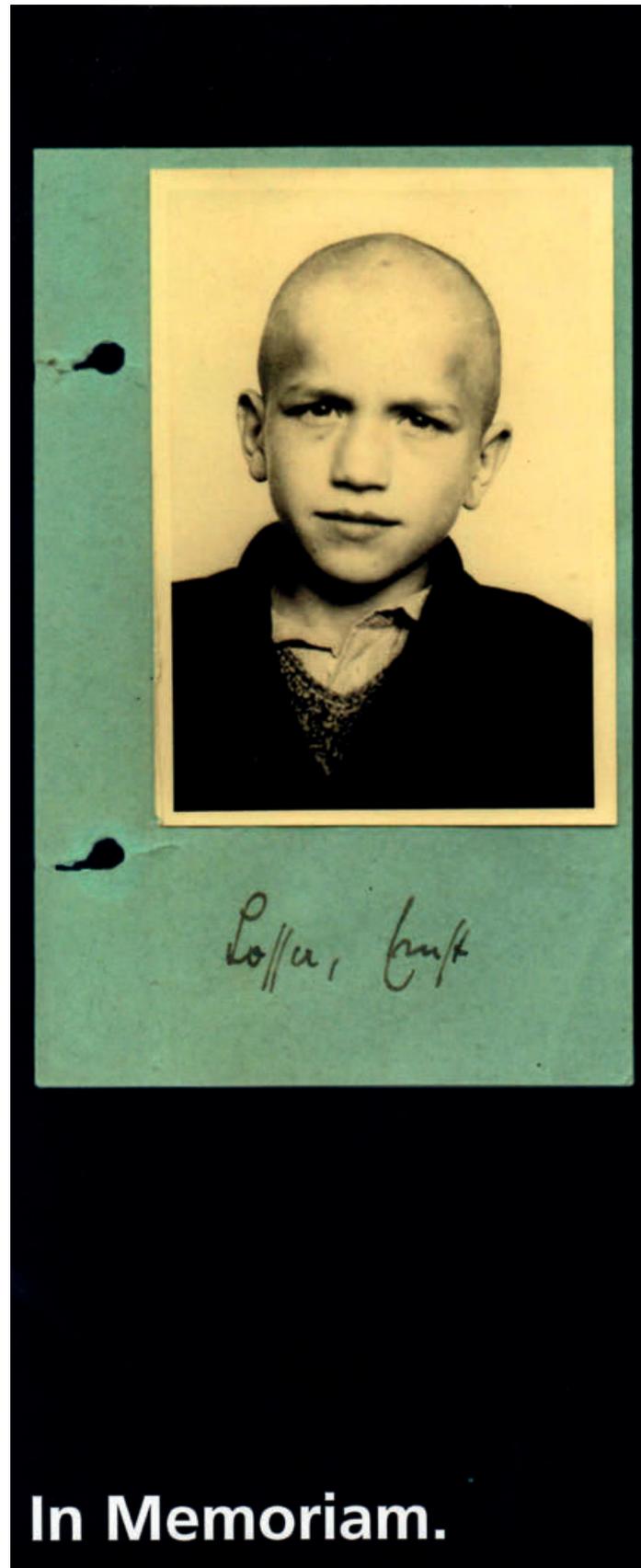
Diese Installation ist 2006 von den Künstlern Horst Hoheisel und Andreas Knitz zur Erinnerung an den „Euthanasie“-Massenmord der Nationalsozialisten entworfen worden.

Das Denkmal ist zweigeteilt:

Ein Bus blockiert dauerhaft die Pforte des Zentrums für Psychiatrie in Ravensburg-Weilbenau, durch die damals die grauen Busse zu den Vernichtungsstätten fuhren. Der zweite Bus wird entlang der Fahrrouten der Todesbusse bewegt, bleibt eine Weile und verschwindet wieder, um einen neuen Ort der sogenannten T4-Aktion zu markieren. So betitelte man den Massenmord an Menschen mit Behinderungen in den Jahren 1940 und 1941, dem mehr als 200.000 Menschen zum Opfer fielen.

Bis 24. September stand das viel beachtete Denkmal am Isartorplatz. Um noch mehr Menschen zu erreichen, wurde es danach auf Beschluss des Stadtrates auf einem noch zentraleren Platz, dem Marienhof, aufgestellt und fand dort bis 18. November große Aufmerksamkeit in der Münchner Bevölkerung.

Mit einer breiten Palette von Aktionen gelang es ausgezeichnet, dieses sensible Thema vielen Menschen näher zu bringen. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und einer Tagung wurde auf hohem Niveau mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten



wie Dr. Michael von Cranach, Prof. Dr. Elisabeth Wacker oder Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler diese Thematik fokussiert.

Führungen durch das Psychiatriemuseum im kbo-Isar-Amper-Klinikum behandelten die Psychiatrie im gesellschaftlichen Wandel. Die geistige Aussonderung von geistig und körperlich behinderten Menschen machte der Film „Pannwitzblick“ deutlich. In einer Hörfunksendung wurde das bewegte und engagierte Leben von Dr. Peter Radtke beleuchtet.

Auch die drei hervorragende Ausstellungen „... betreffend Unfruchtbarmachung ...“, „alle inklusive!“ und „In Memoriam“ begleiteten das Programm. Besonders die letztere, die der Opfer des nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programms gedachte und durch die Beschreibung vieler persönlicher Schicksale an die Schrecken dieser Zeit erinnerte, war sehr eindrucksvoll und berührend.

■ Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Von der Landeshauptstadt München wurde im Juli 2013 als einer der ersten deutschen Großstädte ein eigener Aktionsplan beschlossen. Inklusion verlangt, die gesellschaftlichen Strukturen so zu verändern, dass Menschen mit Behinderungen unmittelbar und selbstverständlich dazugehören.

Über ein Jahr lang entwickelte die Stadtverwaltung im Rahmen eines eigenständigen Projekts gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten und dem Behindertenbeirat breit gefächerte Maßnahmen, die zur Verwirklichung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen beitragen sollen. Der Aktionsplan enthält 47 von den Referaten der Stadtverwaltung ausgearbeitete, konkrete inklusionsfördernde Maßnahmen aus allen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Arbeit, Bauen, Verkehr, Kultur oder soziale Sicherung und kann daher



als Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft bezeichnet werden.

Für den Behindertenbeirat war es eine einmalige

Chance zur Mitsprache, denn nur wenn stets auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Betroffenen hingewiesen wird und der Aktionsplan auf einer breiten Basis steht, kann dieser auch spürbar die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Münchner Stadtgesellschaft erreichen.

Mit diesem Aktionsplan ist ein erster Schritt vollzogen, welcher die dauerhafte und uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Alltag wie am öffentlichen Leben garantiert und sicherstellt. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen unvoreingenommen aufeinander zugehen und gemeinsam ihr Leben gestalten. Es wird eine spannende Herausforderung bleiben, die Münchnerinnen und Münchner für die Anliegen der Menschen mit Behinderungen zu gewinnen.



Pressekonferenz von Bürgermeisterin Christine Strobl zur UN-BRK mit Thomas Bannasch und Hannes Messerschmid

All diese wichtigen Aktivitäten wären nicht möglich gewesen, würden nicht so viele ehrenamtliche Mitglieder teilweise bereits seit vielen Jahren mit großer Begeisterung und Engagement im Behindertenbeirat mitarbeiten und dafür viel Zeit investieren.

Was wurde erreicht, z.B.

IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR

- Ausbau des behindertengerechten Nahverkehrs
- Bordsteinabsenkung
- akustische Signale im öffentlichen Nahverkehr
- Ausstattung der städtischen Niederflurbusse mit Hubliften oder Rampen
- Ausbau der Aufzüge im U-Bahnbereich - inzwischen gibt es in allen U-Bahn-Stationen Aufzüge
- Außenlautsprecheransagen bei der Straßenbahn, dort wo auf einem Gleis mehrere Linien verkehren
- barrierefreier Nachbau der Bushaltestellen
- Fahrsteigkennzeichnung für blinde und sehbehinderte Menschen
- Entwicklung eines neuen Beschilderungs- und Leitsystems mit der MVG

IM ÖFFENTLICHEN RAUM

- erleichterte Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden
- barrierefreie Gestaltung bei öffentlichen Anlagen wie beim Petuelpark und der Parkstadt Schwabing
- Schaffung von Blindengärten
- Barrierefreie Zugänge und spezielle Sitzplätze in den Bierzelten auf dem Oktoberfest und bei einem Bierzelt der Auer Dult
- Schaffung von mehr rollstuhlgerechte Toiletten - alle großen Zelte auf dem Oktoberfest haben inzwischen barrierefreie WCs, auch eines auf der Auer Dult
- Bau von behindertengerechten Spielplätzen und integrativen Sportplätzen
- Einstieghilfen in Schwimmbädern

BEIM KULTURELLEN LEBEN

- Bessere Teilhabe durch behinderten- und rollstuhlgerechten Ausbau von Theatern wie den Kammerspielen
- Einrichtung von Induktionsanlagen in öffentlichen Gebäuden und Theatern wie in den Kammerspielen und im Filmmuseum
- Bereitstellung von Gehörlosen-Gästeführern/Gehörlosen-Guides im Tourismusamt
- gemeinsame Ferienmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen

BEIM WOHNEN

- Förderung barrierefreier Bauweise
- Bau von behindertengerechten Wohnungen
- verbesserte Wohnangebote für Rollstuhlfahrer
- Förderung von Selbsthilfegruppen
- Einrichtung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderungen

IM LEBENS- UND ARBEITSBEREICH

- verbesserte Arbeitsbedingungen für Schwerbehinderte
- Integrationsvereinbarung der LHM für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Schaffung integrativer Kindertagesstätten

Ausblick vom Behindertenbeauftragten Oswald Utz



Foto: Heinz Herkert

Oswald Utz und Gebärdensprachdolmetscherin bei der 40-Jahr-Feier

Liebe Münchnerinnen und Münchner,

mit dem Behindertenbeirat bin ich schon lange und eng verbunden. Zum einen bin ich seit der organisatorischen Neuausrichtung des Behindertenbeirats im Jahr 2008 durch mein Amt als gewählter Behindertenbeauftragter geborenes Mitglied im Vorstand des Behindertenbeirats. Zum anderen habe ich schon vor meiner Zeit als Behindertenbeauftragter als Privatperson im Behindertenbeirat mitgearbeitet.

Mein Hauptbeweggrund mich hier ehrenamtlich zu engagieren war, dass der Behindertenbeirat sich nicht nur für eine Gruppe (z.B. Rollstuhlfahrer, die Assistenz anstellen möchten) einsetzt, sondern themenspezifisch für **alle** Menschen mit Behinderungen in unserer Stadtgesellschaft spricht.

Mit dieser Arbeit ist in den letzten Jahrzehnten in München viel erreicht worden. Und so kann ich auf Treffen mit meinen Kolleginnen und Kollegen anderer deutscher Großstädte durchaus stolz von der Münchner Situation berichten. Besonders erwähnenswert sind hier der öffentliche Nahverkehr und die Möglichkeit mit einer 24-Stunden-Assistenz in der eigenen Wohnung leben zu können.

Aber auch im Zusammenspiel zwischen Behindertenbeirat und -beauftragtem, so meine Wahrnehmung, haben wir unsere Rollen gefunden und arbeiten mittlerweile gut zusammen. An dieser Stelle geht mein ganz persönlicher Dank an die Politik, an die Verwaltung und an den Behindertenbeirat, dass sie mich mein Amt so ausfüllen

lassen wie ich es mir vorstelle. Schließlich gibt es den Behindertenbeirat schon sehr viel länger und ich kann verstehen, dass das Amt des Behindertenbeauftragten von allen auch erst einmal kritisch betrachtet wurde. Ich möchte mich nun aber nicht in Lobeshymnen ergehen, sondern aufzeigen, dass nach wie vor viel zu tun ist und so manche Entwicklungen meiner Meinung nach auch einige ihrer Erfolge gefährden. Ich möchte nun darauf eingehen, warum ich den Behindertenbeirat, auch für meine Arbeit, so wichtig finde und wo die Herausforderungen für die nächsten Jahre liegen.

Schulzeit: Seit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2009 ist das Thema Schule, nicht zuletzt aufgrund des Artikels 24 der UN-BRK, der das Recht auf ein inklusives Bildungssystem formuliert, immer wieder Gegenstand hitziger Debatten. Es ist offensichtlich, dass hier noch gewaltige Aufgaben zu stemmen sind, bis endlich alle Schülerinnen und Schüler miteinander lernen können. Auch wenn die grundlegenden Entscheidungen zum Schulwesen von den Bundesländern getroffen werden, sehe ich auch die Kommunen in der Pflicht, zur Bildungsgerechtigkeit beizutragen. Meiner Meinung nach hat die Landeshauptstadt München sehr wohl einen Gestaltungsspielraum, um zur schulischen Inklusion beizutragen und steht in der Pflicht, diesen auch voll auszuschöpfen. Ich bin sehr froh, dass ich mit dem **FAK Schule** einen so kompetenten und umtriebigen Partner in unserer Stadt weiß, der immer wieder auf die Umsetzung des Artikels 24 drängen wird.

Pubertät: Das Erwachsenwerden stellt die meisten jungen Männer und Frauen vor große Herausforderungen. Für junge Frauen mit Mobilitätseinschränkungen sind diese in München aber mitunter unzumutbar. Es ist erschütternd, dass in einer hochentwickelten Metropole wie der Landeshauptstadt München die gynäkologische Versorgung von Rollstuhlfahrerinnen nach wie vor nicht sichergestellt ist. Glücklicherweise setzt sich der **FAK Frauen** schon lange dafür ein, diesen Missetand zu beheben und mittlerweile erblühen auch hier erste zarte Pflänzchen.

Kultur- und Freizeitangebot: Eine hohe Lebensqualität für junge Menschen in unserer Stadt hängt aber nicht von der medizinischen Versorgung ab. Vielmehr sollte sich die Landeshauptstadt München auch dadurch auszeichnen, dass sie ein vielfältiges **Kultur- und Freizeitangebot** vorhält, an dem alle teilnehmen können. Leider werden Menschen mit Behinderungen aber auch hier nicht selten ausgeschlossen. Der **FAK Freizeit und Bildung** hat die Problematik erkannt und regt immer wieder zu einer inklusiven Gestaltung von Freizeit und außerschulischen Bildungsangeboten an.

Erwachsenenalter: Mit dem Erwachsenwerden kommt häufig auch der Wunsch nach einer eigenen Wohnung, den sich beim angespannten Münchner Wohnungsmarkt viele Menschen nur sehr schwer erfüllen können. Auch hier haben es Menschen mit Behinderungen aber besonders schwer und ich bin froh, dass sich der **FAK Wohnen** aktiv für diese Bevölkerungsgruppe einsetzt. Denn barrierefreier Wohnraum ist in München besonders knapp und daher häufig auch umso teurer.

Arbeitssituation: Hohe Preise sind für Menschen mit Handicaps besonders problematisch, weil sie häufiger in Armut leben müssen. Ein Grund dafür ist auch die schwierige Arbeitssituation. Der **FAK Arbeit** hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, mehr Menschen mit Einschränkungen die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen und steht hier vor gewaltigen Herausforderungen: Während die Arbeitslosenzahlen in München derzeit insgesamt abnehmen, steigen sie bei den schwerbehinderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ungeachtet der Qualifikation an. Gleichzeitig haben in den letzten Jahren auch die Werkstattplätze zugenommen. Diese Entwicklungen bereiten mir Sorge und ich sehe auch hier die Landeshauptstadt München in der Pflicht: Als öffentliche Arbeitgeberin hat sie eine besondere Stellung und Vorbildfunktion. Auch wenn in den letzten Jahren die Quote an schwerbehinderten Beschäftigten sogar übererfüllt wurde, ist es nicht hinnehmbar, dass einfach Tätigkeiten zunehmend outgesourced werden.

Schließlich ist die Landeshauptstadt München kein DAX-Unternehmen, das rein gewinnorientiert arbeitet.

Barrierefreie Teilhabe: Dem **FAK Tourismus** danke ich für sein unermüdliches Engagement für eine barrierefreie Wies'n. Hier hat sich in den letzten Jahren viel getan und so mancher (internationaler) Gast mit Behinderungen konnte von den Verbesserungen auf dem Oktoberfest profitieren. Auch die Broschüre „Barrierefrei durch München – Ein Wegweiser für Touristen und Einheimische“ erfreut sich großer Beliebtheit. Ich finde es aber schade, dass diese wichtigen Informationen in gedruckter Form nur aufgrund des ehrenamtlichen Einsatzes des FAK Tourismus bereitgestellt werden können und sehe auch hier die Landeshauptstadt München stärker in der Pflicht.

Lebensabend: Da das Älterwerden häufig auch Mobilitätseinschränkungen mit sich bringt, erfreuen sich so manche Seniorinnen und Senioren an den Errungenschaften des **FAK Mobilität**. Gerade im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan. Nicht zuletzt aufgrund der Fortschritte bei der Barrierefreiheit von S-Bahn, Tram, Bussen und U-Bahn gilt München als besonders behindertenfreundlich.

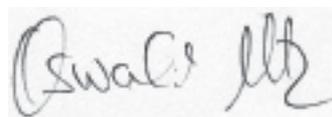
Aber auch bei diesem Thema geben aktuelle Entwicklungen Grund zur Sorge. Denn in meiner Wahrnehmung besteht die Gefahr, dass sich der ÖPNV in München weg von einem Verkehrssystem für alle zu einer Beförderungsgesellschaft entwickelt, die auf schwächere Fahrgäste keine Rücksicht mehr nehmen kann. Ein Beispiel hierfür ist der geplante Zwei-Minuten-Takt, der eine schnellere Zugabfertigung vorsieht und älteren Menschen mit Rollatoren kaum die nötige Zeit zum Aus- und Einsteigen lassen dürfte. Der Behindertenbeirat wird aber weiter wachsam sein und sich dafür einsetzen, dass keine Rückschritte erfolgen.

In diesem Sinne möchte ich bei Verwaltung und Politik dafür werben, die kritischen Stimmen

– den Sand im Getriebe – aus dem Behindertenbeirat nicht nur als störend zu empfinden. Nehmen Sie die Bedenken ernst und versuchen Sie bei all Ihren Entscheidungen immer auch wirklich alle Münchnerinnen und Münchner im Blick zu behalten. Nur so können wir es schaffen, die Teilhabe möglichst vieler Menschen sicherzustellen und unser Gemeinwesen im Sinne der Inklusion fort zu entwickeln.

Den Mitgliedern des Behindertenbeirats möchte ich gleichzeitig für Ihr Engagement danken und sie dazu aufrufen weiter den Mut zu haben, Sand im Getriebe zu sein. Denn Menschen wie sie, die Missstände benennen und sich aktiv für Verbesserungen einsetzen, braucht unsere Stadtgesellschaft! Leider sind engagierte Bürgerinnen und Bürger aber selten geworden und der Behindertenbeirat muss sich nun, nach 40 Jahren seines Bestehens, auch Gedanken über seinen Nachwuchs machen. Außerdem müssen wir uns selbst auch kritisch hinterfragen, ob auch bei uns wirklich jede und jeder mitarbeiten kann, der möchte. Der Behindertenbeirat muss also auf seinem weiteren Weg selbst inklusiver werden. Dieser Weg bleibt sicher auch in Zukunft interessant: Nach langem Kampf für eine bessere Aufstellung des Querschnittsthemas Behinderung in der Stadtverwaltung wird dieses bald auch mit mehr Ressourcen ausgestattet werden, hierfür möchte ich dem Münchner Stadtrat danken. Die Zuschaltung der neuen Organisationseinheiten „Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK“ und „Büro des Behindertenbeauftragten“ wird die Rolle des Behindertenbeirats künftig gewiss neu definieren. Dass der Behindertenbeirat in unserer Stadt aber weiterhin ein unersetzbarer Akteur bleiben wird, der sich um seine Aufgaben keine Sorgen machen muss, hat dieser kurze Aufriss sicher deutlich gemacht.

Ihr



Jubiläumsfest zum 40-jährigen Bestehen am 14. November 2013

Eine solch lange erfolgreiche Arbeit musste auch gewürdigt werden. Nicht zuletzt durch den unermüdlichen Einsatz des Behindertenbeirates zählt München schon seit Jahren zu den behindertenfreundlichsten Städten Europas. Die Mitglieder des Behindertenbeirates, aber auch der Stadtrat und alle Partnerinnen und Partner aus Verwaltung, öffentlichen und anderen Institutionen und Verbänden und Vereinen waren eingeladen, dieses Jubiläum gemeinsam in der Alten Kongresshalle zu feiern.



Foto: Alexander Binder

Gäste im Foyer

Fast 300 Gäste waren gekommen und genossen die kurzweilige Veranstaltung in stimmungsvollem Rahmen. Dieser Abend sollte nicht nur die Arbeit des Behindertenbeirates in den Vordergrund stellen, sondern es sollte eine unbeschwerte und fröhliche Feier sein. Dies gelang vollkommen. Es war ein ganz besonders schöner Abend, mit einer reichhaltigen Bewirtung, vielen beeindruckenden Darbietungen und ganz vielen menschlichen Begegnungen, die zum Teil bis spät in die Nacht dauerten.



Foto: Alexander Binder

Festsaal

Start des Festes war eine schmissigen Tanz-einlage der **Rollstuhltanzgruppe des USC München** im Foyer. Drei Tanzpaare zeigten ihr großes Können und wurden von den Gästen begeistert gefeiert.



Foto: Heinz Herkert

Rollstuhltanzgruppe des USC München

Bürgermeisterin Christine Strobl würdigte die geleistete Arbeit und dankte besonders für das große Engagement der vielen Ehrenamtlichen, die sich seit vielen Jahren für die Belange der Menschen mit Behinderungen einsetzen.



Foto: Heinz Herkert

Bürgermeisterin Christine Strobl

Kim's Kindertanz führte in vier unterschiedlichen Altersstufen vor, wie viel Freude behinderten und nicht behinderten Kindern das gemeinsame Tanzen macht und wurden von den Anwesenden sofort ins Herz geschlossen.



Foto: Heinz Herkert



Foto: Heinz Herkert

Kim's Kindertanz

Völlig anders, aber ebenso gekonnt und höchst rasant, präsentierte die **Gruppe Nikita** eine Hip Hop-Darbietung. Es war beeindruckend mit welcher Geschwindigkeit und Präzision die hörenden und gehörlosen Tanzenden in völligem Einklang miteinander über die Bühne fegten. Wer hier hören kann oder nicht, war für niemand zu erkennen!



Foto: Heinz Herkert

Gruppe Nikita

Mit Witz und Charme moderiert **Holger Kiesel** vom Bayerischen Rundfunk die Veranstaltung und belustigte als Kunstfigur Robert Rollinger mit eigenen Kabarett-Beiträgen.



Foto: Heinz Herkert

Holger Kiesel

Sich selbst auf der Großleinwand zu sehen, das war eine besondere Überraschung! Der zum Jubiläum des Behindertenbeirates gedrehte Film wurde an diesem Abend uraufgeführt und brachte neben einem Rückblick zu 40 Jahre Behindertenbeirat viele Begegnungen mit langjährigen Wegbegleiterinnen und -begleitern. Die Begeisterung war groß und die beiden Filmemacher **Robert Zahn und Jerome Gemander von der Founders Reserve Media** erhielten viel wohlverdienten Applaus.

Zu sehen ist der Film auch im Internet unter:
www.behindertenbeirat-muenchen.de.

Auch die Jubiläumsveranstaltung selbst wurde von den beiden jungen Männern filmisch festgehalten und kann ebenfalls im Internet verfolgt werden.

Foto: Heinz Herkert



Holger Kiesel mit Robert Zahn und Jérôme Gemander

Musikalisch begleitete das **ABM Orchester** (Attler Bunte Mischung) den Abend und erfreute das Publikum mit einem breiten Repertoire. ABM ist ein in Attel gegründetes Orchester von Menschen mit geistiger Behinderung und ihren Betreuerinnen und Betreuern.

Foto: Alexander Binder



ABM Orchester

Möglich war die reibungslose Gestaltung des Jubiläumsfestes nur dank der ausgezeichneten Organisation und vielen Helferinnen und Helfern, darunter Schülerinnen und Schülern der städtischen Berufsschule für Ergotherapie, die mit ihren gelben Schärpen „Ich helfe“ den Gästen zur Seite standen.

Foto: Heinz Herkert



Freundliche Helferinnen

Finanziell unterstützt wurde das Fest von mehreren Sponsoren:
der Castringius-Stiftung München, der Augustiner-Bräu-Wagner KG, der Edith-Haberland-Wagner Stiftung und dem Sozialreferat, Stelle für Bürger-schaftliches Engagement.

Allen an dieser Stelle nochmals ein ganz besonderes Dankeschön!

Wiedersehensfreude bei Aktiven und Ehemaligen

»Inklusion ist, wenn wir nicht mehr darüber sprechen müssen, weil alles ausgerichtet ist für Menschen mit Behinderungen und sie in allen Bereichen am gesellschaftlichen Leben zu hundert Prozent teilnehmen können«

Christine Strobl, Bürgermeisterin



Foto: Heinz Herkert

Sabrina Göb und Hans Ponton



Foto: Heinz Herkert

Christa Schmidt und Axel Häberle



Foto: Alexander Binder

Ibo Harraz und Irmi Collasch



Foto: Alexander Binder

Rosemarie Haas, Ulrike Mascher, Michael Pausder



Hannes Messerschmid und Oswald Utz



Foto: Heinz Herkert

Es hat allen viel Spaß gemacht

Aussagen, Meinungen, Grüße

Glückwunsch der Frauengleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München

„Zu 40 Jahren aktiver Arbeit für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und für eine behindertengerechte Stadt gratulieren wir sehr herzlich. Die Erfolge Ihrer Arbeit können sich nicht nur in München, sondern bundesweit sehen lassen.

Besonders freuen wir uns darüber, dass wir es gemeinsam geschafft haben, die Runde der Facharbeitskreise um einen FAK Frauen zu bereichern. Ihm haben wir es zu verdanken, dass die Positionen zu den speziellen Bedarfen von Mädchen und Frauen mit Behinderungen klarere Konturen bekommen, dass Hilfeangebote für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit unterschiedlichen Behinderungen in den Netzwerken gemeinsam entwickelt werden und dass die Schaffung barrierefreier frauenärztlicher Ambulanzen in München erneut auf der Agenda steht.

Daran wird deutlich, dass noch Vieles zu tun bleibt, bis die Gesellschaft, in der wir leben, inklusiv im besten Sinn wird. Dies setzt tiefgreifende Veränderungen voraus, die eine Mehrheitsgesellschaft vollziehen muss. Dabei sind wir auf Institutionen wie den Behindertenbeirat angewiesen. Wir wünschen weiterhin viel Energie, Kreativität und Durchhaltevermögen und eine gute und fruchtbare Zusammenarbeit.“
Michaela Pichlbauer, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt München.

»Behinderung ist als Querschnittsthema zu begreifen, das wirklich alle Bereiche berührt«

Rosemarie Haas, Sozialreferat

Wenn ich an Behindertenbeirat denke, fällt mir ein ...

- die wertvolle und großartige Arbeit für Menschen mit Behinderung
- dass an alle gedacht wird
- Wertschätzung der Diversität
- viel Arbeit mit Spaß - schräge Typen, legendäre Feiern, guter Wein ...
- dass er zu lieb ist - ein guter Tritt im richtigen Moment kann auch Berge versetzen
- dass viel erreicht wurde, aber auch noch viel Arbeit zu tun bleibt

Den Behindertenbeirat muss es nochmal mindestens 40 Jahre geben, weil ...

- es den Menschen mit Behinderung auch in Zukunft gut gehen soll
- Behinderte nicht weniger werden
- es noch viele ungelöste Probleme und noch vieles zu verbessern gibt und die Aufgaben nie ausgehen
- die Vision des inklusiven Münchens noch nicht verwirklicht ist, es so langsam geht
- noch mehr engagierte Menschen für unsere Anliegen eintreten und für die Vielfalt kämpfen sollen
- nothing about us without us
- muss es nur noch 10 Jahre geben, weil wir dann alles geschafft haben
- muss es nicht nochmal 40 Jahre geben, aber es muss Menschen geben, die sich für Inklusion einsetzen, nicht nur in Bezug auf Behinderung, sondern auch in Bezug auf Geschlecht, Herkunft, soziale Situation usw.

Dem Behindertenbeirat wünsche ich ...

- weiterhin so viele aktive, selbstbewusste und positiv denkende Mitglieder und auch Nachwuchs
- weiter viele engagierte Mitstreiter und Unterstützer
- weiterhin gutes Gelingen und viel und schnellen Erfolg bei der Umsetzung seiner Ziele und Vorhaben
- Spaß und Freude an der Arbeit und so viel

Humor und Wärme wie bisher

- dass er das notwendige Gehör findet und Inklusion zum Alltag wird
- (noch)mehr Mut, politische Konflikte offensiv auszutragen und dezidiert Position zu beziehen
- dass er zum 50. Jubiläum alle seine Ziele erreicht hat und München sagen kann, wir sind wirklich die behindertenfreundlichste und

gerechteste Stadt in Deutschland

- eine noch bessere Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren
- mehr Unterstützung durch die Landespolitik
- noch einmal 40 erfolgreiche Jahre – herzlichen Dank
- dass er bald nicht mehr gebraucht wird



2001 wird Dieter Richthammer von Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert mit „München leuchtet“ geehrt

»Jeder hat so seine Schwächen und Stärken. Es ist wichtig, dass alle Menschen etwas einbringen können, was ohne sie nicht da wäre, und dies als Wert geschätzt wird«

Johannes Messerschmid

Man kann viel erreichen -
Monika Burger und Werner Graßl mit dem Handbike auf die Wochenbrunner Alm im Wilden Kaiser



*»Die UN sagt, geht weg vom Defizitmodell –
es ist alles Ausdruck der Vielfalt der Menschen«*

Dr. Michael von Cranach